

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

24.4.1931 (No. 95)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. K. M. e. n. d. Karlsruhe

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. K. M. e. n. d. Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2,25 RM. einj. 22,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, die in der Zeitung veröffentlicht werden sollen, ist die Zeitung zu versenden, in beschränktem Umfang und nicht ersicht. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Monatsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Das Arbeitsprogramm der Reichsregierung

Die erste Sitzung nach den Osterferien  
Das Reichskabinett trat am Donnerstagnachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten zu seiner ersten Sitzung nach der Osterpause zusammen. Die Beratungen galten zunächst der Festlegung des vom Reichskanzler vorgelegten Arbeitsprogramms, das der Kanzler mit dem Reichspräsidenten besprochen hat. Es berichtigte die Reichsfinanzminister über die Finanzlage, der Reichsarbeitsminister über die Arbeitslosigkeit und der Reichsverkehrsminister über die Situation der Reichsbahn. Die Verhandlungen werden am Samstag fortgesetzt, wobei voraussichtlich die außenpolitischen Fragen erörtert werden.

#### Drummonds Berliner Besprechungen

Der Besuch des Generalsekretärs des Völkerbundes beim Reichsaußenminister am Donnerstag war nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Die Hauptbesprechung wird erst heute stattfinden. Der Reichskanzler wird übrigens den Generalsekretär heute ebenfalls sehen, und zwar bei einem Dinner, das die englische Botschaft aus Anlaß der Berliner Anwesenheit Drummonds gibt. Sachlich handelt es sich bei den ganzen Besprechungen übrigens, wie bekannt, um die programmatische Vorbereitung der Mai-Tagung des Völkerbundesrates und gewisse Personalfragen, an denen Deutschland interessiert ist.

#### Der Brotpreis

Als Ergebnis der gestrigen Verhandlungen im Reichsernährungsministerium über die Brotpreisfrage erklärt die Berliner Botschaft, wie die „Germania“ berichtet, daß das Ministerium auf Grund der von den Bäckern gegebenen Kaufkraft den Berliner Brotpreis als berechtigt angesehen und keine Debatte über die Frage der Preispanne stattgefunden habe. Gegenwärtig bindende Erklärungen seien von keiner Seite abgegeben worden. Die Bäckerei haben sich bereit erklärt, das vom Reichsernährungsministerium propagierte Konsumbrot in stärkerem Maße herauszugeben und anzubieten, um so den Versuch zu machen, ob es vom Publikum geftragt und gekauft wird.

### Die russischen Aufträge

Nachdem durch die Unterzeichnung des deutsch-russischen Schutzprotokolls die Grundlage für die Vergabe der zusätzlichen Sowjetaufträge in Deutschland geschaffen worden ist, sind, wie der „Wirtschaftsreporter“ berichtet, in den letzten Tagen russischerseits die Verhandlungen mit den verschiedenen deutschen Industrieunternehmen aufgenommen worden. Zu Abschlüssen im Rahmen des zusätzlichen russischen Auftragsprogramms ist es bisher nur über kleinere Posten Werkzeugaufträge gekommen, während sich die Verhandlungen über die Vergabe der Bestellungen auf große Objekte an die deutsche Elektrizitätsindustrie usw. noch im Anfangsstadium befinden. Wie das Blatt hört, legen die Russen großen Wert darauf, die auf Grund des zusätzlichen Auftragsprogramms zu bestellenden Anlagen möglichst schnell zu erhalten. Es werden von ihnen daher sehr kurze Lieferfristen gefordert, und zwar nicht nur für Werkzeugaufträge, sondern auch für die großen Industrieanlagen.

### Der Deutsche Beamtenbund gegen neue Gehaltskürzungen

Der Deutsche Beamtenbund hat sich mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewandt, in der er glaubt, auf die durch die ständigen Erörterungen über weitere Gehaltskürzungen in der Beamtenenschaft erzeugte und stets wachsende Beunruhigung hinweisen zu müssen. Er lenkt vor allem die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers darauf, daß die Beunruhigung durch tabuläre Einkünfte genährt wird und meint, vor deren Folgen warnen zu müssen. Des Weiteren gibt der Bund der Befürchtung Ausdruck, daß die „stehengebliebene Preisfestlegung“ nur einen unzulänglichen und zeitweiligen Ausgleich biete, und daß die Maßnahmen der Reichsregierung zugunsten der Landwirtschaft auf einen Preisabbau hemmend wirken.  
Die Eingabe schließt: Auf Grund unserer genauen Kenntnis der wirtschaftlichen Lage der Beamtenenschaft, wie aus beamtenrechtlichen und staatspolitischen Gründen, bitten wir dringend, eine weitere Gehaltskürzung, die insbesondere für die Beamten mit geringen Bezügen von katastrophalen Folgen sein würde, nicht vorzunehmen. Gleichzeitig bitten wir die Reichsregierung, uns vor einer endgültigen Entscheidung Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben.

10,7 Millionen Schweizer Franken Reingewinn der BSB. Die BSB erzielte im ersten Geschäftsjahr einen Reingewinn von 10,7 Millionen Schweizer Franken, wovon 5,2 Millionen Schweizer Franken zur Ausschüttung einer Dividende von 6 Prozent auf das gegenwärtig 103.187.500 Schweizer Franken imbezahlte Aktienkapital verwendet werden. In der Verwaltungsratsitzung der BSB wurde auch beschlossene, Aktien der vom Völkerbund zu schaffenden internationalen Agrarbank zu übernehmen.

Die spanischen Corteswahlen werden am 21. oder 28. Juni durchgeführt. Nach einem Ministerratsbeschluss ist das Wahlalter auf 23 Jahre herabgesetzt worden. Minister Ferrer wird Spanien bei der kommenden Völkerbundstagung in Genf vertreten.

### Letzte Nachrichten

#### Die Unterfuchung der Kriegsschuld

Die russischen Dokumente  
M. Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der „B.Z.“ ist der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Prof. Soehlich, bekanntlich einer der besten Kenner des Ostens, in Moskau eingetroffen, um seine Besprechungen über die Buchausgabe der Dokumente der russischen Auswärtigen Amt, soweit sie sich auf den Weltkrieg beziehen, fortzuführen. Bekanntlich hat die erste Veröffentlichung der Russen die Frage der Kriegsschuld ganz erheblich geklärt, allerdings nicht im Sinne Frankreichs und des Friedensvertrages, so daß die Weiterarbeit Prof. Soehlichs vielleicht auch in diesem Sinn Manches erwarten läßt.

#### Benesch gegen die Zollunion

Eine unaufrichtige Polemik  
M. Berlin, 24. April. (Priv.-Tel.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch hat im Ausschuss des Parlaments den deutsch-österreichischen Zollunionsplan für unhaltbar erklärt und behauptet, daß er nur nach der juristischen Seite in Genf überprüft werden solle. In den Ausführungen Benesch wird in Berlin erklärt, daß sie in Deutschland starkes Bekremseln hervorgerufen hätten, weil Benesch versucht, die Auseinandersetzungen auf das politische Gebiet hinüberzuspielen. Er befindet sich hiermit auch im Gegensatz zu der englischen Auffassung und dem Antrag Dundersons, der lediglich eine juristische Nachprüfung durch den Völkerbundrat verlangt hat.  
Wenn Benesch bemerkt, es bestehe jetzt die Gefahr, daß Europa in zwei Blöcke zerfalle, so klingt das gerade bei ihm merkwürdig, da er diese Blockbildung mit herbeigeführt, ein Bündnis mit Frankreich geschloffen und die Kleine Entente begründet hat. Bemerkenswert aber ist, daß er sich jetzt über das gemeinsame Vorgehen Deutschlands und Österreichs beklagt, während ihm in Berlin 1928 in einer Unterredung mit Staatssekretär v. Schubert eine Zollunion zu dreien vorgeschlagen wurde, die er jedoch abgelehnt hat. Benesch beruft sich auf die tschechische Wirtschaft, die übrigens ausdrücklich erklärt hat, die wirtschaftliche Gründe würden für die Zollunion sprechen, aber die politischen und gefühlsmäßigen seien dagegen, also denselben Standpunkt einnimmt, den Benesch, jetzt zu verfeinern versucht.  
Dabei sei noch erwähnt, daß die Tschechoslowakei gerade in ihren Handelsbeziehungen auf Deutschland angewiesen ist, denn sowohl ein Drittel ihres gesamten Imports, wie ein Drittel ihres Exports ist vom Verkehr mit Deutschland zu verdanken.

#### Konflikt zwischen dem Ober- und Unterhaus

W.B. London, 24. April. (Tel.) Das Oberhaus, das gestern als Kommission tagte, schloß nach Mitternacht die Beratung der von der Regierung eingebrachten Agrarvorlage ab. Die vom Unterhaus angenommene Fassung des Gesetzes wurde in so weitgehendem Maße abgeändert, daß die meisten Änderungen sicherlich vom Unterhaus wieder rückgängig gemacht werden. Es wird daher mit einem ernsten Konflikt zwischen den beiden Häusern des Parlaments gerechnet.

#### Die Reichsbehörden am 1. Mai

Das Reichskabinett hat beschlossen, den Dienst der Reichsbehörden und Reichsbetriebe am 1. Mai in der gleichen Weise wie in den Vorjahren nach folgenden Richtlinien zu regeln: In den Ländern, in denen der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag landesrechtlich anerkannt ist, ist auch in den Reichsbehörden und -betrieben auf den Bundesgesetzgebung Rücksicht zu nehmen.  
In den Ländern, in denen der 1. Mai nicht als gesetzlicher Feiertag gilt, haben Beamte, Angestellte und Arbeiter, welche zwecks Teilnahme an einer Feier am 1. Mai dem Dienste oder der Arbeit fernbleiben wollen, rechtzeitig bei ihrem Dienstvorgesetzten um Befreiung vom Dienste nachzusuchen. Solchen Anträgen ist grundsätzlich überall soweit zu entsprechen, als dadurch die notwendige Fortführung des Dienstbetriebes nicht in Frage gestellt wird. Bei der Entscheidung über derartige Gesuche soll nicht engherzig verfahren werden.  
Die hiernach beantragte und bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird bei Arbeitern nicht ausdrücklich um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die Dauer der Arbeitsverfassung Lohn nicht gewährt.  
Von der Anrechnung auf den Erholungsurlaub oder der Lohnkürzung kann abgesehen werden, wenn die Nachholung der verfallenen Arbeitsstunden anderweit sichergestellt ist.  
In Betrieben, in denen Dienstbefreiung zur Befriedigung religiöser Bedürfnisse an staatlich nicht anerkannten Feiertagen ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub und ohne Lohnkürzung gewährt wird, gilt das gleiche auch für die Dienstbefreiungen am 1. Mai.  
Einen neuen Antrag auf Einberufung des Reichstages haben die Kommunisten eingereicht, und eine Interpellation über die Sozialversicherung angekündigt.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Die Industrie und Badens Grenzlandlage — Der schwedische Kugellagertrust — Die Ruhrgasleitungen

Die Geschäftsberichte der großen Industrieunternehmen sind nicht durchweg pessimistisch. Fast überall freilich wird auf die Verringerung und Verschlechterung der Ergebnisse der Berichtszeit hingewiesen. Doch verschiedentlich wird auch deutlich die Erwartung auf Besserung ausgesprochen. Sehr häufig muß über vorgenommene Betriebszusammenlegungen mit Stilllegungen berichtet werden, außerdem werden im Gang befindliche und kommende Aktionen dieser Art angedeutet. Wenigstens nicht immer ist dabei Baden der Leidtragende, was die jüngsten Fälle Lang — Epple & Burgbaum und Grigner — Kahler zeigen.

Die verkehrs- und wirtschaftsgeographische Lage Badens ist eben in der Tat doch recht günstig. Der Rheinstrom als gewaltiger Großschiffahrtsweg schafft mit seinem nach Süden vordringenden Ausbau eine hervorragende Verbindung mit dem Weltverkehr und den deutschen und ausländischen Rohstoffgebieten, und nicht minder günstig liegt Baden als Durchgangsland für den Bahnverkehr in süd-nördlicher und ost-westlicher Richtung. Dazu hat Baden eine geschulte, vielfach auf eigener Scholle wohnende bodenkundige und spezialisierte Industrie- und Gewerbebevölkerung. Auf diese Aktiven kann Badens Wirtschaft immer wieder aufbauen, muß es gerade jetzt bei der notwendigen und angesichts der Weltwirtschaftskrise gewiß nicht leichten Umstellung, um die durch die Abtrennung Elsaß-Lothringens und andere besondere Nachteile infolge des Kriegsausgangs entstandenen schweren Schäden wieder wettzumachen. Badens nunmehriger Grenzlandcharakter hat ihm Nachteile gebracht, aber er kann ihm, vor allem bei geeigneter Verkehrs- und Handelspolitik der Reichsstellen, mit der Zeit auch wieder beträchtliche Vorteile bringen.

Deshalb muß es Wunder nehmen, daß ein Großunternehmen wie die Mannheimer Brown, Boveri & Co. AG. in seinem Geschäftsbericht es für gut fand, ausschließlich die ungünstigen Momente der badischen Grenzlandlage für seine Hauptwerke hervorzuheben. Der Zweck dieser Auslassungen, in denen auf die Bedeutung der Gesellschaft und der Industrie überhaupt für das Land Baden hingewiesen wird, ist nicht ganz klar, es sei denn, daß man sie als einen Appell an die Reichsstellen in Fragen der Verkehrs- und Handelspolitik auffassen könnte, dem Grenzlandcharakter Badens mehr Rechnung zu tragen und dadurch dessen wirtschaftliche Möglichkeiten besser als bisher auszunützen. Woran es fehlt, das sehen wir ja immer wieder, zuletzt beim Aufschub des Rheinbrückenbaus, in der Elektrifizierungsfrage, bei den Bahntarifen. Nach dem Wortlaut der Auslassungen ist nicht anzunehmen, daß das Mannheimer Unternehmen des in Baden (Schweiz) ansässigen Weltkonzerns etwa an Wegverlegungen von Arbeitsstätten aus Baden denkt, zumal ja schon im engeren badischen Abfahrtsgebiete und überhaupt in Süddeutschland, der Ausbau der Wasserkräfte und die Elektrifizierung der Bahnen der Spezialproduktion des Unternehmens noch weitere große Möglichkeiten geben. Die Gesellschaft hat sich bekanntlich auch an der Kapitalbeschaffung für die Elektrifizierung der Strecke Augsburg — Stuttgart beteiligt.

Einen günstigen, die vorgenommene Zusammenlegungen und Stilllegungen begründenden und die internationale Zusammenarbeit aufzeigenden Bericht legt die Vereinigte Kugellagerfabriken AG. vor, trotz eines ausgewiesenen Verlustes von ¼ Mill. Reichsmark bei allerdings steigenden Reserven. Die deutsche, Ende 1929 mit einem Aktienkapital von 40 Millionen Reichsmark gegründete Gesellschaft des schwedischen Welttruffs, eines ähnlich bedeutenden Fertigtwarenkonzerns wie der schwedische Zündholztrust, hat ihre Expansion in Deutschland zum Abschluß gebracht und kontrolliert nun fast die gesamte deutsche Kugellagerfabrikation. Sie hat in diesem Jahr auch noch das Wälzlagergeschäft der Berlin-Karlsruher Industriewerke AG. übernommen. Die Gesellschaft, die 5000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat Verträge mit der deutschen Stahlindustrie über die Rohstofflieferung und arbeitet mit ihr freundschaftlich zusammen. Stillgelegt wurden die Werke in Berlin, Krefeld und Düsseldorf. Der Hauptsitz wurde nach dem berühmten Kugellagerfabrikationsort Schweinfurt in Unterfranken verlegt. Außerdem wird nur noch in Cannstatt fabriziert,

so daß von sechs Betrieben nur mehr zwei im Gange bleiben. Die bei der Zusammenlegung vorhandenen großen Bestände wurden so verringert, daß 1931 mit einem Steigen der Fabrikation zu rechnen ist. Auch der Export, der in enger Zusammenarbeit mit der Weltorganisation des Trusts erfolgt ist und 35 Proz. des gesamten Umsatzes ausmacht, bewegt sich in aufsteigender Linie. Die Gesellschaft stellt nun in dauerndem Zusammenhang mit der Praxis des Automobil- und Maschinenbaues Kugel- und Kollager in Großserienbau her und weist darauf hin, daß durch diese Rationalisierung wesentliche Preisherabsetzungen der hauptsächlichsten Typen möglich waren, die schon vor der deutschen Preisabbauaktion durchgeführt werden konnten und fogleich eine wirksame Belebung des In- und Auslandgeschäftes zur Folge hatten.

Die Ruhrgas-AG, die bekanntlich von den Bechen zur besseren Verwertung der bei der Güttenkohlegewinnung anfallenden gewaltigen Gasmengen und deren Leitung auch nach ferner gelegenen Städten gegründet wurde, weist in ihren Abschlüssen bisher nur Verluste aus, so daß sich nach dem Abschluß für 1930 der Verlustvortrag auf dem Vorjahr in Höhe von 1,62 Mill. Reichsmark auf 3,58 Mill. Reichsmark erhöht. Dies wird damit begründet, daß der Verteilungsapparat und das Leitungsnetz noch immer im Bau Stadium befinden. Dabei handelt es sich nicht nur um den Ausbau der Hochdruckleitungen nach den weiter abliegenden bisherigen Endpunkten wie Köln, Hannover, Siegen in Westfalen, sondern auch um die Verbindungsleitungen der Bechen im gesamten Bergbaurevier, die zunächst einen der wichtigsten Teile des Bauprogramms der Gesellschaft bilden. Die besonders wichtige Verbindungsleitung, welche von Gelsenkirchen ausgehend, auch Dortmund führt und die westliche Bechengruppe mit Essen mit den Dortmund Gaswerken vereinigt, soll in den nächsten Monaten abgenommen werden. Solche Querverbindungen schließen jeden Leistungsstrang dem gesamten Gasreservoir an, das der Ruhrgas-AG überhaupt zur Verfügung steht, und ihre Vollendung ist die betriebstechnische Vorbedingung für die von der Gesellschaft übernommenen und noch hinzukommenden Versorgungsverpflichtungen. Die nun betriebsfertigen Bauten gewähren, wie übrigens jetzt erklärt wird, bereits die Verfügungsmöglichkeit über Gasreserven, welche die jetzigen Absatzmöglichkeiten übersteigen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß nun die eigentlichen Ferngasleitungen stärker in Angriff genommen werden. Demnächst soll der große Hauptstrang von Duisburg über Düsseldorf nach Köln, das sich bekanntlich der Ruhrgasversorgung angeschlossen hat, dem Betrieb übergeben werden. Auch die Herstellung der Fernleitung nach Südwestdeutschland muß nun, nachdem durch den Hofgabertrag der Absatz nach Süden erschlossen ist, in die Wege geleitet werden. Zunächst wird mit Bonn und anderen Rheinstädten verhandelt, die für den Anschluß an den süddeutschen Strang in Frage kommen.

### Aus der Arbeit

**Städtetag und Brotpreis.** Der Deutsche Städtetag hat in einer dringlichen Eingabe das Reichsernährungsministerium gebeten, in sofortigen Verhandlungen eine Wiederherabsetzung der Berliner Brotpreise durchzusetzen. Der Städtetag verweist auf die Gefahren, die das Beispiel von Berlin für die gesamte Preis-, Lohn- und Wirtschaftspolitik haben muß.

**Die Manteltarifverhandlungen im Ruhrbergbau gescheitert.** Die Verhandlungen zwischen dem Bechenverband und den Arbeiterorganisationen über die Neuregelung des Manteltarifes im Ruhrbergbau wurden, wie aus Essen gemeldet wird, da eine Einigung zwischen den Parteien nicht zu erzielen war, ergebnislos abgebrochen.

**Für den Magdeburger Oberbürgermeisterposten** wird die sozialdemokratische Stadtvorordnetenfraktion den Stadtrat Ernst Reuter, Berlin, vorschlagen. Reuter hat die Kandidatur angenommen.

**Wegen Hochverrats verurteilt.** Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Maximilian Mabbalena aus Berlin wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Lateinamerika mit Unterbrechung einer staatsfeindlichen Verbindung zu einer Festungstrafe von 2 Jahren.

**Litauen setzt sich aufs hohe Ross.** Der deutschen Gesandtschaft in Rom wurde durch eine litauische Verbalnote mitgeteilt, daß der Vorschlag der deutschen Regierung, in der Ausweisung Angelegenheit das Schiedsgericht entscheiden zu lassen, abgelehnt werden könnte, da eine Entscheidung darüber, ob die Ausgewiesenen sich loyal verhalten hätten, Sache der litauischen Regierung sei.

**Der französisch-polnische Eisenbahnvertrag.** Der Gesandtschaft über die Erteilung der Konzession zur Ausbeutung der Kohlenbahn Oberschlesien-Obingen an die französisch-polnische Eisenbahngesellschaft wurde von dem Finanz- und dem Verkehrsministerium des polnischen Sejms, die eine gemeinsame Sitzung abhielten, in zweiter und dritter Lesung angenommen.

**Die Tante König Alfons 7.** Infantin Isabella, die Tante des Königs Alfons von Spanien, ist Donnerstag nachmittag in einem Pariser Krankenhaus im Alter von 70 Jahren gestorben. Sie hatte bei der Abreise der Königsfamilie in Madrid wegen ihres Gesundheitszustandes zurückbleiben müssen und war erst am vergangenen Sonntag, sehr krank, in Paris eingetroffen.

**Der Goldvorrat Amerikas.** Die Goldreserve der Vereinigten Staaten sind gegenwärtig höher als zu irgend einem Zeitpunkt in der Geschichte des Landes. Die Vorräte stellen 47 Proz. der in der ganzen Welt vorhandenen Bestände an Gold dar. Die Goldreserven der Federal Reserve Banken sind mehr als doppelt so groß als jene der Banken von Frankreich und siebenmal größer als jene der Bank von England.

**Eine Talpferre für 48 Millionen Dollar.** Der amerikanische Minister des Innern, Wilbur, hat einen Vertrag unterzeichnet, der 48 Millionen Dollar für den Bau der Boulder-Talpferre am Flusse Colorado vorsieht.

### Aus den Ländern

#### Vor einer Reichsreform?

Die Badische Zentrumsprekorrrespondenz äußert sich zu einer Meldung der „Bad. Presse“, daß Dr. Brüning sich von der Notwendigkeit einer beschleunigten Finanzreform überzeugt habe, daß aber die praktische Finanzreform dieses Problems durch das Kabinett sich wohl noch einige Wochen hinauszögern dürfte, folgendermaßen:

„Wir haben stets anerkannt, daß es ein Problem Reich-Preußen gibt und daß in dieser Frage früher oder später einmal eine Klärung erfolgen müsse. Wir haben aber auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir keinen Grund sehen, weshalb in dem Verhältnis zwischen dem Reich und den süddeutschen Ländern eine Änderung einzutreten hätte. Unter letzterem Gesichtspunkt interessiert uns natürlich auch die erste Frage. Wir sind unter keinen Umständen dafür zu haben, daß der staatliche Charakter der süddeutschen Länder beseitigt wird, und diese zu Provinzen herabgedrückt werden. Wollte sich das badische Zentrum auf derartige Gedankenlagen einlassen, so würde es die Traditionen, die es von seinem großen Führer, Prälat Dr. Schöfer, übernommen hat, schmähtlich preisgeben. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß man den Zentralismus wirtschafts- und finanzpolitisch nicht begründen kann. Zeigen nicht im Gegenteil die Erfahrungen, die man durch Einrichtung der Reichsarbeitsämter gemacht hat, daß der Zentralismus in keiner Weise verbilligt? Gerade in dieser Frage geht durch die Presse ein Artikel des früheren Zentrumsgesandten Andre, Stuttgart, jetzigen Präsidenten der Landesversicherungsanstalt Württemberg, in welchem der Verfasser darauf hinweist, daß wegen der zentralen Kasse die Verantwortlichkeit für die Ausgabenwirtschaft so sehr gelitten hat, daß z. B. eine Versicherungsanstalt auf 1000 Versicherte doppelt so viele Renten laufen hat, wie eine andere Anstalt. Mit dem Willen zu sparsamer Verwaltung läßt sich die „Reichsreform“ nicht begründen. Darauf kommt es der Deutschen Volkspartei in Wirklichkeit auch gar nicht an. Ihr Vertreter im Hauptausschuß des Reichstags, Dr. Krämer, hat bekanntlich erst vor kurzem wiederum einen Vorstoß dagegen unternommen, daß in Baden die Aufgaben der Landesbauverwaltung im Auftrag des Reiches durch die Landesbauämter durchgeführt werden. Obwohl durch diese Regelung Doppelverwaltungen und damit Ausgaben gespart werden, will die Deutsche Volkspartei diese Regelung beseitigen, nur um die Reichsverwaltung möglichst stark aufzublähen.“

Die Bayerische Volkspartei-Korrrespondenz hat schon unterm 1. April zu diesen Gerüchten Stellung genommen, unter der Überschrift: „Flucht in Schwierigkeiten“, und u. a. ausgeführt: „Die Regierung Brüning muß froh sein, wenn sie ihr Finanzsanierungsprogramm folgerichtig weiter durchführen kann, wenn ihr ein entscheidender und durchgreifender Schritt auf dem Gebiete des Arbeitslosenproblems und der sozialen Versicherungen gelingt, wenn sie die gefährlichen Klippen, die sich neuerdings in der Außenpolitik gezeigt haben, einigermaßen glücklich umfährt. Man kann nur das eine sagen, was Abg. Reicht, der Führer der Bayerischen Volkspartei, im Deutschen Reichstag vor wenigen Tagen in einer Rede in Regensburg gesagt hat, als er auf das Verhältnis zwischen Reich und Bayern zu sprechen kam: „Wir haben heute in der Notzeit doch wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als Fragen der Reichsreform anzuschneiden.“

Dazu schreibt der „Bad. Beob.“:

„Wir pflichten dieser Auffassung vollinhaltig bei, vermögen aber einstweilen nicht annehmen, daß es sich in den Presseverlautbarungen der Deutschen Volkspartei um etwas anderes handelt, als um einen Versuchsballon. Es wäre auch bedauerlich, wenn durch neue, keineswegs vordringliche Streitfragen die Front zerbrochen würde, die Reichstagsler Dr. Brüning braucht für seine schwierigen finanz-, sozial- und außenpolitischen Aufgaben. Die Not des Vaterlandes ist nicht die Stunde, um parteiprogrammatischen Phantasmen nachzugeben. Das wollen wir in Baden rechtzeitig mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen.“

### Kleine Chronik

**Ein neuer Fall von Industriespionage** zugunsten Sowjetrußlands wurde in einem Kasseler Werk aufgedeckt, in dem schuldigeres Panzerglas hergestellt wird. Ein in dem Werk beschäftigter Diplomingenieur wurde verhaftet.

Das neunfache Todesurteil gegen Kürten ist durch den eigenen Bericht des Verurteilten auf Revision rechtskräftig geworden. Das preussische Staatsministerium hat grundsätzlich zwar stets den Grundfals vertreten, daß die Todesstrafe solange nicht vollstreckt werden solle, bis durch das Reichsstrafgefesbuch die Frage entschieden worden ist, ob die Todesstrafe bleibt oder nicht. Der Fall Kürten wird aber als ein Sonderfall betrachtet, der überhaupt in kein normales Justizsystem hineinpaßt. Bei den preussischen Regierungsparteien scheint über den Vollzug der Todesstrafe in diesem Fall Einigkeit zu bestehen.

In einem Bubapfer Hotel wurde heute morgen eine Frau tot aufgefunden, die nachts mit einem unbekanntem, nun verschwundenen Mann angekommen war. Sie war Bombensprengstoff in einem Lichtspieltheater und wurde von ihrer Mutter, die bei der Polizei das Verschwinden ihrer Tochter angezeigt hatte, wieder erkannt. Nach ärztlicher Feststellung hat der Körper sie zunächst erwürgt und dann der bereits Toten den Hals durchschnitten. Neben der Toten fand man einen Bettel, auf dem die Worte standen: „Dieses Weib verdient sein Schicksal.“

Auf einer Kleinbahnstrecke bei Fromelles in der Nähe von Lille ließ Donnerstag nachmittag ein mit Arbeitern vollbesetzter Autobus mit der Lokomotive eines Kleinbahnzuges zusammenstoßen. 9 Tote und 32 Schwerverletzte sind zu beklagen.

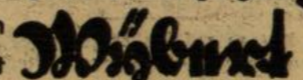
Am Donnerstag fanden der Vizemarschall der englischen Luftstreitkräfte, Sir S. Holt und der Fliegerleutnant Moody bei einem Zusammenstoß zwischen zwei leichten Flugzeugen im Seabury-Parl den Tod. Die Insassen des anderen Flugzeuges, der Pilot und sein Begleiter, blieben unverletzt. Das Flugzeugunfall ist der 17. Absturz von Flugzeugen der britischen Luftstreitkräfte in diesem Jahr und erhöht die Zahl der Todesopfer auf 37.

Chinesische Banditen sprengten bei Kanton zwei Dampfer, deren Benutzer die Begehung der geforderten „Schutzabgabe“ verweigerten, mit Bomben in die Luft. 60 Personen wurden getötet.

Das Mississippi-Delta wird gegenwärtig von einer Insektentepidemie heimgesucht. An den Stichen der giftigen Blutsauger, sog. Wisons, sind schon mehr als 1000 Waultiere eingegangen. Der Schaden an dem Viehstand im Delta beträgt bereits 100 000 Dollar.

Rauchen Sie getrost, aber gurgeln!

Sie trocken mit



2.133

### Badischer Teil

#### Badischer Landtag

(38. Sitzung)

23. Karlsruhe, 23. April 1931.

Zu der Nachmittagsitzung berichtet Abg. Dr. Hoffmann (Dem.) über den kommunistischen Antrag, den

#### 1. Mai als gesetzlichen Feiertag

zu erklären.

Der Reichspflegerempfehlung die Ablehnung des Antrages, der vom Abg. Bod begründet wird.

Abg. Ernst Kraft (Sozdem.) tritt für den Antrag ein. Man müsse die bürgerlichen Parteien davon überzeugen, wie sehr die proletarische Arbeiterkraft den 1. Mai als Feiertag schätze; er solle eine eindrucksvolle Demonstration für Befreiung des Landes der Arbeiter sein, nicht minder für den Frieden und die Völkerverständigung. Die Rede wird häufig von Juristen der Kommunisten und Gegnern der Sozialdemokraten unterbrochen. Abg. Kraft fährt fort: Die Demonstration am 1. Mai 1931 zugunsten der 40-Stunden-Woche müsse auch im Sinne der bürgerlichen Parteien liegen, denen daran gelegen sei, dem Millionenheer der Arbeitslosen zu helfen.

Da sich niemand weiter zum Wort meldet, erhält Abg. Bod das Schlußwort. Er polemisiert in scharfer Weise gegen die Sozialdemokraten, die darauf mit lebhaften Zwischenrufen erwidern.

Der kommunistische Antrag wird sodann mit 50 gegen 18 Stimmen der Linken abgelehnt.

#### Gesuche

Abg. Haas (Zentr.) berichtet über das Gesuch der Gemeinde Scherzheim betr. Zuschußleistung der bürgerlichen Gemeinde Scherzheim für die Aufwertungsbeiträge der Sparkasse Scherzheim. Der Antrag auf Überweisung an die Regierung als Material zur Kenntnisnahme wird angenommen.

Abg. Steinel (D. Vp.) erstattet Bericht über ein weiteres Gesuch betr. Gemeindebeamte als Gemeindevertreter. — Dem Antrag auf Überweisung als Material wird zugestimmt.

#### Zur Wohnungswirtschaft

Abg. Dr. Rehbach (Zentr.) berichtet über eine Eingabe des Bundes deutscher Mietervereine betr. Schaffung eines deutschen Wohnungswirtschaftsgesetzes. Der Ausschuß stellt den Antrag, das Gesuch als erledigt zu erklären, soweit es sich um den Erlaß einer Verordnung im Sinne der Notverordnung des Reichspräsidenten handelt, die übrigen Punkte der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

In Verbindung mit obigem Gesuch steht eine Eingabe des Haus- und Grundbesitzvereins Bruchsal betr. die Wohnungsnot u. a. zur Beratung. Darüber erstattet der

Abg. Heib (Sozdem.) Bericht. Er beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme. Den Bescheiduntzügen wird ohne Aussprache zugestimmt.

#### Um die Kontingentierung der Zuderrübenanbaufläche

Hierzu liegt ein Antrag Schill (Zentr.) vor, den der Hauptausschuß nach einem Bericht des Abg. Gilbert (Wirtsch.-u. Bauernv.) in folgender Fassung anzunehmen vorschlägt:

1. Der jetzt vorliegende Plan einer Kontingentierung der Zuderrübenanbaufläche bedeutet für den deutschen Zuderrübenanbau eine große Gefahr. Dieser Kontingentierungsplan berücksichtigt in erster Linie industrielle Interessen und trägt der im Laufe der letzten Jahre gutartige getretenen Verlagerung des Zuderrübenanbaues vom Großbetrieb nach dem Bauernbetrieb und damit von Norden und Osten nach dem Süden und Westen des Reiches keinerlei Rechnung. Diese Verlagerung ist aber in jeder Hinsicht als natürlich anzusehen, indem sie sowohl den Anbau von Zuderrüben auf jungfräulichen Böden an Stelle des Anbaus auf rübenmüden Böden fördert und überdies an Stelle des heute noch im Großbetrieb für Zuderrübenbau benötigten polnischen Wanderarbeiters in bäuerlichem Familienbetrieb Arbeitskräfte findet, die sonst abwandern müßten.

Die allgemeine für Süddeutschland ungunstige Regelung durch den sogenannten Reichsausschuß erklärt eine weitere Verschärfung für Baden dadurch, daß bei der Unterverteilung des süddeutschen Kontingents nicht nur alle Neupflanzler der Jahre 1929 und 1930, sondern das ganze oberbadische Anbaugebiet vom Zuderrübenbau überhaupt ausgeschlossen wurde.

2. Die badische Regierung wird deshalb ersucht, ihren ganzen Einfluß bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß möglichst noch für das Anbaujahr 1931/32 eine den vorstehenden Gedanken gerecht werdende Zuteilung von Zuderrübenanbauflächen an Baden erfolge.

Abg. Schill (Zentr.) erinnert als Antragsteller daran, daß der Antrag seiner Freunde bereits im November eingebracht worden sei. Die Entwicklung hätte eine frühere Behandlung im Landtag gerechtfertigt. Jetzt sei die Sache in ein entscheidendes Stadium getreten. Der Redner schildert den Gang der Verhandlungen auf dem Zuderrübenmarkt, gestützt auf ein reiches Zahlenmaterial. In der hohen Ausfuhrquote liege die große Verlustgefahr für die deutsche Zuderrübenwirtschaft. Der einzige Ausweg, um der Krise zu begegnen, sei eine gewisse Planwirtschaft. So, wie man aber jetzt die Kontingentierung vornehmen wolle, gelte es nur zugunsten der Industrie, während die süddeutschen und speziell badischen Zuderrübenbauern außerordentlich schwer getroffen würden. Man dürfe nicht vergessen, daß in den letzten Jahren eine Abwanderung des Zuderrübenbaues vom Großbetrieb zum bäuerlichen Klein- und Mittelbetrieb stattgefunden hat. Der Kampf richte sich dagegen, daß letzteren ein Unrecht zugefügt wird. Es gehe nicht an, daß man mittel- und oberbadische Anbaugebiete, die erfolgreich gearbeitet haben, einfach abschneide. Morgen trete nun in Berlin der Reichsausschuß zusammen, und er werde bei dieser Gelegenheit auch über die Klagen aus Süddeutschland und Baden beraten. Die Haltung der Regierung und badischen Gesandtschaft in Berlin in dieser Frage sei als vorbildlich zu loben. Der Redner hofft auf eine einmütige Stellungnahme des Hauses und bittet die Regierung, heute nochmals in einem Telegramm an den Reichsausschuß und Reichsernährungsminister den Standpunkt Badens zu unterstreichen.

Abg. Bod (Komm. P.) lehnt den Antragsantrag bis auf den Punkt 2 ab.

Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch.-u. Bauernv.) unterstützt den Antrag, unter Hinweis auf die Absatzschwierigkeiten für landwirtschaftliche Produkte im allgemeinen.

Abg. Kurz (Sozdem.) hält die Erweiterung des Kontingents im Interesse unserer kleinbäuerlichen Bevölkerung für notwendig, um so mehr, als Baden besonders unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hat.

Abg. Brigner (D. Vp.) stellt sich voll und ganz hinter die Begründung des Antrages Schill und ersucht die Regierung um einen nochmaligen energischen Schritt in Berlin.

Abg. Hoffmann (Dem. P.) ist mit allem einverstanden, was unseren Kleinbauern zu helfen vermag, meint aber, daß an sich durch die Kontingentierung der Zuderrübenanbau auch nicht gerettet werden kann, wenn sich nicht die Absatzmöglichkeiten auf dem in- und ausländischen Markt bessern.



**Badische Beamtenbank erwirbt Prohnan-West.** Die Badische Beamtenbank e. G. m. b. H. in Karlsruhe hat — wie mitgeteilt wird — das Siedlungsgelände Prohnan-West bei Berlin im Versteigerungstermin am 22. April zum Steigerungserlöse von 2,7 Mill. Reichsmark erworben. Das Gelände soll parzelliert werden. Mit der Berliner Parzellierungsfirma Saprobsdorf AG. ist bereits ein Vertrag abgeschlossen, nach dessen Durchführung die Badische Beamtenbank aus dem Engagement voll entlastet wird.

**Oppe & Bugbaum, Augsburg.** Die Gesellschaft erklärt zur Begründung ihrer Zusammenarbeit mit Lanz, Mannheim, in ihrem Bericht für 1930 u. a., daß sich ein neuer Verlust von 1,02 (0,58) Mill. ergab, der sich um den Verlustvortrag von 1,25 auf 2,27 Mill. erhöht. Da dieser Verlust auch unter Berücksichtigung der offenen Reserve von 0,40 Mill. die Hälfte des Aktienkapitals von 3 056 800 überschreitet, will die Gesellschaft, wie berichtet, in der Generalversammlung (2. Mai) Mitteilung gemäß § 240 machen. In Anbetracht der schwierigen Verhältnisse hätten auch die Rationalisierungsmassnahmen nicht ausgereicht, um bei gedrückten Verkaufspreisen noch mit Nutzen zu arbeiten. Die nächste Aufgabe sei Schuldverringern durch Vorräteverkauf, ohne vorerst die Produktion fortzusetzen. Um trotzdem eine reibungslose Durchführung des Verkaufsgeschäftes zu gewährleisten und die Kundsführung mit der Belieferung von Ersatzteilen sicherzustellen, wurde mit der Heinrich Lanz AG. in Mannheim, wie schon berichtet, ein Abkommen getroffen, über das die Generalversammlung beschließen soll.

**Kurze Nachrichten aus Baden**

Der § 218

**Offenburg, 24. April.** Auswärtige Blätter berichten von der Einleitung eines Strafverfahrens (Hauptverfahrens) gegen drei Ärzte bzw. eine Ärztin des Amtsbezirks Kehl, den zur Zeit seines Dienstes entlassenen Med.-Rat Dr. Karl Mert (Kehl), Frau Dr. Paula Bauer (Reutesheim) und Dr. Julius Weber (Kehl) wegen Verbrechen gegen § 218 und schwerer Körperverletzung. Die Verbrechen sollen in den Jahren 1926 bis 1929 begangen worden sein. Wie wir dazu von gut unterrichteter Seite erfahren, sind irgendwelche Beschüsse in dieser Angelegenheit noch nicht gefaßt worden. Die Staatsanwalt-

schaft hat lediglich die Untersuchung abgeschlossen und die Akten mit entsprechenden Anträgen dem Landgericht zugeleitet, das über die Eröffnung des Hauptverfahrens erst befinden kann, wenn die Erklärungen der Verteidigung in dieser Angelegenheit vorliegen. Das dürfte voraussichtlich erst in drei bis vier Wochen frühestens möglich sein. Sollte es zur Eröffnung des Hauptverfahrens kommen, so dürfte kaum vor Juni mit der Hauptverhandlung zu rechnen sein.

**Id. Mannheim, 23. April.** Bei einer am Mittwochmittag stattgefundenen Verkehrskontrolle wurden beanstandet: 236 Radfahrer, weil sie beim Einbiegen in eine andere Straße kein Fahrtrichtungszeichen durch Ausstrecken eines Armes gegeben haben. 17 Radfahrer wegen zu schnellen Fahrens, 26 Radfahrer, weil sie ihre Fahrräder auf dem Gehweg gefahren haben. Gegen 35 Personen mußte eingeschritten werden, weil sie die Straße durch Bewerfen von Papier und Obstschalen verunreinigten.

**Id. Pforzheim, 23. April.** Der frühere Gerichtsvollzieher Albert A. hatte sich wegen erschwerter Unterschlagung im Amt vor dem großen Schöffengericht zu verantworten. Er wurde beschuldigt, in der Zeit vom Januar bis März 1931 in seiner Eigenschaft als Gerichtsvollzieher circa 4000 RM für eigene Zwecke verbräut zu haben. Das Gericht erkannte auf neun Monate Gefängnis, unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft.

**Id. Mühlheim, 23. April.** Gegen das freisprechende Erkenntnis des Amtsgerichts Mühlheim in dem Verleumdungsprozeß gegen die Sänger des Märlertiedes hat die Staatsanwaltschaft, soweit Freisprechung aus rechtlichen Gründen erfolgte, Berufung eingelegt. Die Sache wird nunmehr die Kleine Strafkammer des Landgerichts Freiburg beschäftigen.

**Id. Neersburg, 23. April.** Vor seiner Rückreise nach Berlin traf Reichsminister Dr. Brüning hier ein und besuchte mit seinem Vetter Dr. Brüning (Köln) und Prälat Dr. Haas das Drost-Museum. Geführt von der letzten Richterin der Dichterin, zeigten die Herren großes Interesse und Verständnis für die vielerlei gesammelten Bilder und Erinnerungen. Der Reichsminister, ein geborener Weisfale, ist schon als solcher ein Verehrer seiner großen Landsmännin. Sodann empfing Dr. Brüning den Luftschiffführer, Kapitän Lehmann, mit dem er sich über den Luftschiffbau Zepplin und über den Bau des neuen Luftschiffes L. 3. 128, eingehend unterhielt.

**Id. Freiburg, 23. April.** Auf dem hiesigen Flugplatz landete gestern abend eine Fokkermaschine mit dem bekannten Piloten Edzard am Steuer und einem Passagier, die die Strecke Bremen-Freiburg in der Rekordzeit von vier Stunden und zwanzig Minuten zurückgelegt hatte.

**Staatsanzeiger  
Personeller Teil**

**Ernennungen, Verlegungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten**

Ans dem Bereich des Ministeriums des Innern  
Ernannt:

Als Nachfolger für den verstorbenen Territorialdelegierten der Freiwilligen Krankenpflege für Baden, Generalarzt a. D. Dr. Mantel, wurde Ministerialrat Karl Krusberger und als Stellvertreter Oberregierungsrat Dr. Freiherr Hugo von Babo ernannt.

Die Polizeihilfsbeamten Union Verwalter in Karlsruhe und Friedrich Köhring in Pforzheim zu Polizeisekretären der Fahndungspolizei; Gendarmeriehauptwachmeister Otto Kück in Jümmenke (Amt Brallendorf) zum Gendarmerieoberwachmeister; Kriminalassistent August Kamsteiner in Pforzheim zum Kriminalsekretär.

Zur Ruhe gesetzt:

Kriminalkommissar Ernst Lemme in Karlsruhe.

Zustizministerium

Verlegt:

Die Justizobersekretäre Rudolf Altmann bei der Staatsanwaltschaft Pforzheim zum Amtsgericht daselbst, Oskar Schneider beim Amtsgericht Pforzheim zur Staatsanwaltschaft daselbst und Paul Witscher beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Tauberbischofsheim.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen als Rechtsanwältin:  
Rechtsanwältin Josef Wertheimer beim Amtsgericht Sinsheim und Landgericht Heidelberg nach Verzicht auf seine Zulassung beim Landgericht Mannheim, Gerichtsassessor Wilhelm Peter beim Landgericht Karlsruhe und der Kammer für Handelsachen in Pforzheim.



# Für Frisch-Eier

ist jetzt die günstigste Zeit zum Einlegen.

Wir empfehlen: R.150

**frische steier. Eier, Stück 8 Rpf.**

100 Stück 7,50 RM.

**frische deutsche, holl. oder Italiener Eier**

Gewicht durchschnittl. 58-60 gr. St.10 Rpf., 100 St. 9,50 RM.

**hochfeine deutsche Trink-Eier**

(Farm-Eier gestempelt) Stück 12 Rpf., 100 Stück 11,50 RM.

Abgabe nur an Mitglieder

## Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

**Jubiläumsfeier und Kundenwerbung**

**August Wilhelm Pforzheim**  
Westl. 23  
Tel. 2525

kommt am Mittwoch, den 29. April nach Karlsruhe.

Empfiehlt Herrenstoffe reine Wolle von 9,- RM. an.

Empfiehlt Herren - Anzüge nach Maß von 80,- RM. an.

Zuschreiben erbeten an obige Firma resp. Adresse. L.149

Oberfisch, 9.417

Güterrechtsregister

Ernst Hierzegger, Kaufmann und Katharina geb. Ufer, wohnhaft in Oberfisch, Ehevertrag vom 12. März 1931: Gütertrennung.

Oberfisch, 15. April 1931.

Amtsgericht.

---

**Inserieren bringt Gewinn!**

**Öffentliche Sparkasse Landa**

**Bilanz per 31. Dezember 1930**

Soll		Haben	
	RM		RM
Kassenvorrat	13 936,44	Spareinlagen	1 178 136,28
Guthaben b. Postfiscaldamt	2 740,60	Aufwertungs-spareinlagen	370 658,48
Guthaben bei Banken	32 424,-	Giroeinzahlen	162 315,63
Guthaben bei Girozentralen	145 823,63	Kontoforrenteinlagen	38 947,71
Darlehen in lfd. Rechnung an Private	453 341,18	Girozentrale	240 100,-
Darlehen auf Hypotheken	544 267,31	Aufwertungsabrechnungs-konto	97 300,31
Schuld-scheindarlehen	108 492,39	Rücklage	24 044,75
Grundstückkaufgelder	318 500,07	Gewinn 1930	16 133,73
Wertpapiere	36 596,80		40 178,48
Grundstücke	18 000,-		
Inventar	1,-		
Badischer Sparkassen- und Giroverband: Betriebskapital	26 500,-		
Aufwertungsfordernngen	393 786,13		
Einnahmerückstände	35 216,34		
	2 127 636,89		2 127 636,89

**Berechnung des Reservefonds**

Die gesetzliche Reserve hat zu betragen:

5% aus 1 370 399,62 RM Einlagen . . . = 68 969,98 RM

Er beträgt am Schluß des Jahres 1930 . . = 40 178,48 RM

Somit fehlen . . . 28 791,50 RM

Landa, den 20. April 1931. R.410

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Schilling, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer: J. B.: S. a. d.

**6% Goldanleihe von 1927 der Hauptstadt Mannheim**

Die auf 1. August 1931 fällige IV. Tilgungsrate obiger Anleihe im Betrage von 216 700 RM ist durch Ankauf beschafft worden; eine Auslosung findet demnach in diesem Jahre nicht statt. R.148

Mannheim, den 16. April 1931.

Der Oberbürgermeister.

**Ausschreibung.**

Wir vergeben auf Grund des Ministerialerlasses vom 20. I. 28 die

Lapazier- und Anoleumlegearbeiten

im Neubau der Medizinischen Klinik.

Die Angebotsbordrude sind, soweit vorrätig, ab Freitag, den 24. April 1931, täglich von 10<sup>00</sup> bis 11<sup>30</sup> Uhr, auf unserm östlichen Baubüro Hugstetterstraße Zimmer 23 (Neubau), erhältlich, wofürst auch die Bedingungen aufliegen. Ein Verband nach auswärts erfolgt nicht. Die Eröffnung der Angebote, die geschlossen mit der Aufschrift „Lapazierarbeiten Med. Klinik“ bis Montag, den 4. Mai 1931 bei der Ausgabestelle eingereicht sein müssen, erfolgt in Anwesenheit der Bewerber vormittags 11 Uhr. R.418

Die Zuschlagsfrist beträgt 6 Wochen.

**Landesbestimmungen über die Förderung des Wohnungsbaues vom 9. Febr. 1931**

Anträge betr. Gewährung von Zinszuschüssen zu Neubauwohnungen für Beamte 1930 und 1931. (Formbl. 33)

Anträge auf Wohnungsbaudarlehen, Zinszuschuß, Bürgschaft (Formbl. 34)

Ausfallhaftung d. Staates, Landesauschuss f. Wohnungsbaudarlehen (Formbl. 35)

Landesfondendarlehen, Landesfonderschuss für Eigenheim von Schwerekriegsbeschädigten und Kinderreichen Familien (Formbl. 36)

Landesfondendarlehen, Landesfonderschuss für Wohnungen von Bauberechtigungen f. Schwerekriegsbeschädigte und Kinderreiche Familien (Formbl. 37)

Anzeige über bewilligte Baudarlehen und Zinszuschüsse (Formbl. 38)

**Wertverträge**

Besondere Vertragsbedingungen für die Vergebung von Bauleistungen

Registrierkreisen für Barometer usw.

Alle Bordrude, Schedefeste und Kontobücher für Böndl. Kreditvereine, Spar- und Darlehenstellen

Zu beziehen von

**Druderei G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe,**  
Karl-Friedrich-Str. 14

**Badisches Landestheater**

Samstag, 25. April 1931

\* G. 22. Th.-Gem. 1-100 und 301-400

**Der Hauptmann von Köpenick**

Ein deutsches Märchen von Carl Zuckmayer

Regie: Dr. Waag

**Mitwirkende:**

Ermarth, Genter, Janl, Rabenmacher, Seiling, Gufe, Hebeisen, Müllich, Baumbach, Brand, Dahlen, Graf, J. Götzinger, Herz, Hiell, Höder, Hoppsch, Just, O. Kienfcher, S. Kienfcher, Kloeble, Kuhne, Luther, Rehner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Arras, Eich, Grimm, Hölzer, Kilian, Kleinbub, Lindemann, Luger, Meher, Nagel, Rehdinger, Rivinius, Seibert, Schmitt, S. Müller, Rinkler

Anfang 20 Ende 23

Preise A. (0,70-5 RM)

So. 26. 4. nachmittags: Tannhäuser. Abends: Die schöne Helena. Im Konzerthaus: Silvia läuft sich einen Mann.

---

**Anzeigen in der Karlsruher Zeitung (Bad. Staatsanzeiger) haben großen Erfolg**

**Öffentl. Städtische Sparkasse Möhringen in Baden**

**Bilanz per 31. Dezember 1930**

Forderungen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
1. Kassenbestand	6 672,43	1. Spareinlagen	487 572,93
2. Guthaben bei Girozentralen	33 363,24	a) Aufgeschäft . . . . .	203 069,53
3. Guthaben bei Postfiscaldamt und Banken	10 464,98	2. Giroeinlagen . . . . .	17 600,93
4. Wertpapiere	10 900,-	3. Rücklagen	2 939,43
5. Hypothekendarlehen	294 175,55	4. Geschäftsgewinn 1930	13 411,47
6. Grundstückkaufgelder	54 161,78		
7. Gemeinbedarfarlehen	37 512,95		
8. Schuld-scheindarlehen	44 035,32		
9. Giroüberziehungen	31 211,47		
10. Kontoforrentkredite	7 481,62		
11. Wechselarlehen	3 035,56		
12. Aufwertungsfordernung	140 431,64		
13. Aufwertungs-Abrechnungs-konto	24 818,55		
14. Einnahmerückstände	24 131,20		
15. Grundstücke u. Gebäude	2,-		
16. Gerätschaften	2 196,-		
	724 594,29		724 594,29

**Berechnung der Rücklage:**

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 505 173,86 RM

Sie beträgt am Schluß des Jahres 1930 . . . 16 350,90 RM

Somit weniger . . . 24 063,- RM

Möhringen, den 28. März 1931. R.412

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Vertsche, Bürgermeister.

Der Geschäftsführer: Dreher